

19. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Gleicher Mangel für alle? Einstellungsverbot für Lehrkräfte sofort aufheben!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus lehnt die Vorgaben der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie zur Steuerung der Einstellungskontingente an Schulen ab. Diese beinhalten, dass jede Schule nur ein bestimmtes Kontingent – ein Viertel oder ein Drittel, je nach Bezirk – an ausgebildeten Lehrkräften einstellen darf. Diese Verfügung wird zur Abwanderung von gut ausgebildeten Lehrkräften führen. Die Begrenzung auf 96,3 % der Lehrerausstattung bedeutet einen immensen Unterrichtsausfall.

Das Abgeordnetenhaus fordert vom Senat eine sofortige Aufhebung der Maßnahmen, die die Neueinstellungen in Berlin gefährden. Schulen, die Lehrer einstellen möchten, sollen nicht durch Vorgaben der Senatsverwaltung daran gehindert werden. Eine mögliche Steuerung der Lehrkräfteverteilung muss nach der Einstellung und möglichst im Konsens, z. B. über temporäre Umsetzungen an eine andere Schule erfolgen. Der Senat wird aufgefordert, den gravierenden Lehrermangel zu beheben und diesen nicht nur gleichmäßig über die Schulen zu verteilen.

Begründung

Nach Willen der Bildungsverwaltung darf eine Schule ihre Lehrerstellen nicht zu 100 % besetzen, auch wenn sie über ausreichend Bewerber verfügt. Die Quote der besetzten Stellen soll 96,3 % nicht überschreiten, darüber hinaus sind keine Neueinstellungen möglich. Je nach Bezirk dürfen nur noch ein Viertel bis ein Drittel der freien Stellen mit Laufbahnbewerbern neu besetzt werden. Die Folge ist, dass Schulen voll ausgebildeten Lehrkräften eine Absage erteilen müssen, obwohl sie Einstellungsbedarf haben.

Es ist festzuhalten, dass aufgrund des bestehenden Lehrkräftemangels und der angeordneten Steuerungsmaßnahmen im Ergebnis keine Berliner Region mehr über eine Überausstattung an

Lehrkräftepersonal verfügt. Der Senat nimmt an, dass die Steuerungsmaßnahmen zur Herstellung der Bildungsgerechtigkeit beitragen würden (vgl. Anfrage Weiß, Drs. [19/14326](#)). Aus Sicht der Berliner Schulleiter geht das Konzept nicht auf, sondern verstärke die Personalnot im Land Berlin. Der Mangel werde nicht besser verteilt, sondern berlinweit gesteigert. Sven Zimmerschied, Leiter der Friedensburg-Schule, äußerte bereits im Juni 2022 Bedenken: „Ich glaube nicht, dass sich die Lehrkräfte so einfach umlenken lassen. Die wollen nun mal in der Regel an eine ganz bestimmte Schule. Und wenn das in Berlin nicht mehr geht, dann gehen sie vielleicht in ein anderes Bundesland.“¹ Die Berliner Schulleiter verurteilen die Regelungen des Senats als „Planspiele einer praxisfernen Verwaltung“, wie es in einem Schreiben des Interessenverbands Berliner Schulleitungen, der Vereinigung der Oberstudiendirektoren des Landes Berlin, des Verbands Berliner Grundschulleitungen und der Vereinigung der Berliner ISS Schulleiterinnen und Schulleiter heißt. In ihrem gemeinsamen Positionspapier kritisieren sie die Regelungen des Senats als „unsinnige Maßnahmen“ und gehen von einer Abwanderung der Bewerber aus.²

Berlin, den 31. März 2023

Dr. Brinker Gläser Weiß Tabor
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion

¹ Zit. nach: Eva Corino, [Berliner Lehrer werden um Überstunden angebettelt](#), berliner-zeitung.de, 20.06.2022, abgerufen am 28.03.2023.

² Vgl. Silke Fokken und Armin Himmelrath, [Gleicher Mangel für alle. Berliner Schulen dürfen Stellen nicht zu 100 Prozent besetzen](#), spiegel.de, 27.03.2023, abgerufen am 28.03.2023.